

HAUSHALTSPLAN 1975

Schwere Belastungen für die Mörfelder Bevölkerung

*Aus der Erklärung der
DKP-Fraktion zum Haushalt
1975/76*

Wir glauben, ohne Übertreibung sagen zu können, daß in Mörfelden zum ersten Mal in einem Planungszeitraum so viele Gebühren- und Steuererhöhungen eingeplant wurden, um den Haushaltsplan ausgeglichen vorlegen zu können.

Bis jetzt sind es bereits neun Gebühren- und Steuererhöhungen, die aus den Plänen herauszulesen sind und die der Bürgermeister, auf unsere Anfragen hin, bestätigt hat. Selbstverständlich werden solche Erhöhungen im einzelnen nochmals dem Parlament vorgelegt, aber man will sie jetzt schon im Etat verankern.

Geplant sind die Erhöhung der Gebühren für:

Müll, Kanalbenutzung, Kindergarten, Wasser, Kegelbahn, Bestattung und die Heraufsetzung der Grundsteuer A und B sowie die Einführung der Lohnsummensteuer.

Gegen alle diese geplanten Erhöhungen haben wir Anträge eingebracht, die sämtlich von den drei übrigen Parteien abgelehnt wurden. Kein Wunder. Diese Maßnahmen hat man schon lange vor sich hergeschoben und wenn es in diesem Parlament keine Vertreter der DKP gäbe, wären schon längst Gebührenerhöhungen erfolgt.

**SPD, CDU und FDP wollen
Gebühren anheben**

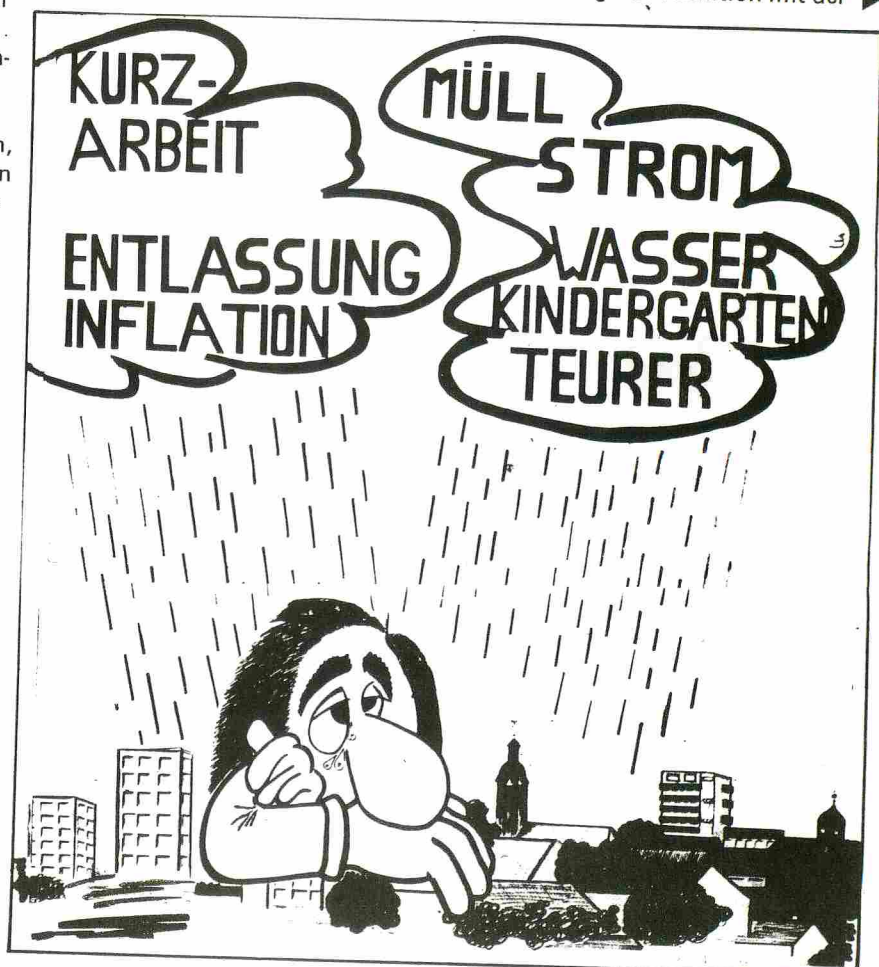
Bereits bei der Etatberatung für das Jahr 1974 sagte die CDU-Fraktion hier von dieser Stelle aus: „Es ist zu

empfehlen, die Gebührenhaushalte zu untersuchen.“ Und in diesem Jahr schreibt die CDU in einem ihre Anträge als Begründung: „Im übrigen muß an dieser Stelle auf die verfehlte Gebührenpolitik verwiesen werden.“

An anderer Stelle spricht sie davon, daß das Defizit in der „verfehlten Gebüh-

renpolitik begründet liegt, auf die die CDU-Fraktion bereits 1974 hinwies und der SPD eine Zusammenarbeit zwecks Angleichung der Gebühren anbot.“

Die FDP, auch die in Mörfelden, läßt immer mehr die Katze aus dem Sack und macht große Koalition mit der ▶



▼ CDU. Auch sie spricht von „verfehlter“ Gebührenpolitik. Die SPD hat vor einem Jahr schon davon gesprochen, künftig die Gestaltung der Gebühren nach der Belastbarkeit der Bürger vorzunehmen. Man drückt sich bei den drei Parteien halt gewählt aus, wenn es darum geht, vor dem Bürger die eigene Meinung zu verschleiern, wenn es darum geht, dem Bürger weitere Belastungen aufzubürden. Wir sagen es deutlich und haben nichts zu verheimlichen. Wir klären den Bürger frühzeitig auf, auch wenn es manchem hier in diesem Hause mißfällt. Wir sagen: Es muß endlich Schluß sein mit Preis- und Gebührenerhöhungen.

Mit wenig Geld müssen wir viele Löcher stopfen

Wenn wir unsere Haushaltspläne näher betrachten, dann müssen wir feststellen, daß über die wesentlichen Eckdaten nicht hier in Mörfelden, sondern in Bonn und Wiesbaden entschieden wird. Wir haben hier nur noch die Aufgabe, mit wenig Geld viele Löcher zu stopfen und das was dazu fehlt aus den Taschen der Bürger zu holen. Da werden in Bonn und Wiesbaden schon längst fällige, und bei weitem noch nicht ausreichende Gesetzesänderungen beschlossen, aber das Geld hierfür stellt nicht der zur Verfügung, der diese Veränderungen beschließt, sondern das müssen die Gemeinden aufbringen, als wären die nicht schon sowieso bis an die Halskrause verschuldet.

Da wird eine sicher berechnete und für unsere Begriffe noch zu geringe Erhöhung des Gewerbesteuerfreibetrages vorgenommen, so daß einer Stadt wie Mörfelden 300.000 DM an Einnahmen verloren gehen.

Da wird ein neues Abfallbeseitigungsgesetz beschlossen. Der Landkreis, jetzt verantwortlich für die gesamte Müllbeseitigung, beschließt eine, zu begrüßende, Kompostierungsanlage, aber er beschließt auch einstimmig, die Kosten in Form einer Umlage von den Gemeinden zu erheben. Der Stadt Mörfelden entstehen dadurch Mehrausgaben von 400.000 DM.

Da werden von den „Multis“ astronomische Preiserhöhungen für Heizöl beschlossen, ohne daß die Bonner Regierung auch nur den Versuch macht, die Ölkonzerne zu stoppen. Der Stadt Mörfelden gehen allein durch diese Preiserhöhungen zirka 30.000 DM verloren.

Da wird von den Konzernen und vom Staat an der Preisschraube gedreht, so daß berechtigterweise auch den Beschäftigten im öffentlichen Dienst eine Lohn- und Gehaltserhöhung zugebilligt werden muß. Die Stadt Mörfelden kostet das aber zirka 300.000 DM mehr im Jahr, obwohl hier nur mit sechs Prozent tariflicher Erhöhung gerechnet wurde.

Viele Beispiele zeigen, daß die Finanzausstattung der Städte und Gemeinden völlig unzureichend ist und immer drastischere Formen annimmt. Die Schuldenlast hat bereits die 70 Milliarden Grenze überschritten. Das ist von 1960 bis 1973 eine Steigerungsrate von 461 Prozent, wie der Städte- und

Gemeindebund in einer Pressekonferenz im Herbst vergangenen Jahres mitgeteilt hat.

Wer es wirklich ernst meint mit seinem vom Wähler erteilten Auftrag, muß sich sagen, daß es so nicht weiter gehen kann.

Wir legen heute abend allen Stadtverordneten den Entwurf eines Briefes an den Finanzminister vor und stellen den Antrag, hierüber abstimmen zu lassen.

Diesen Vorschlag für einen Brief an den hessischen Finanzminister legte die DKP den Stadtverordneten zur Beschlußfassung vor.

Sehr geehrter Herr Minister!
Die Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden wendet sich aus ernstem Anlaß an Sie.

Zur Beratung steht heute im Stadtparlament die Verabschiedung des Doppelhaushaltes 1975/76. Was in früheren Jahren noch möglich war — ein Haushalt, der sich an den Interessen der Bevölkerung orientiert und die wachsenden Bedürfnisse befriedigt — ist zu einer Unmöglichkeit geworden.

In keinem Punkt können lebenswichtige Aufgaben ohne Gebühren- und Tarifierhöhungen gelöst werden. Eine Kostenlawine kommt auf die Einwohner unserer Stadt zu. Notwendige Investitionsvorhaben scheitern an der Ebbe in der Stadtkasse. All das kann von uns nicht mehr verantwortet werden.

Wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, daß die Finanznot der Stadt Mörfelden einen Punkt erreicht hat, wo Lösungen im Rahmen unseres Haushaltes nicht mehr gefunden werden können, ohne die Bürger dieser Stadt erneut schwer zu belasten. Einen solchen Weg der weiteren Massenbelastung aber lehnen wir ab.

Wir fordern Sie auf, eine sofortige höhere Finanzausweisung im Sinne der Festlegung des Deutschen Städte- und Gemeindetages von jetzt 14 auf 20 Prozent bei der Bundesregierung durchsetzen zu helfen.

Außerdem schlagen wir vor:

1. Um die Städte und Gemeinden von ihren hohen Schulden zu entlasten, übernehmen der Bund 20 Prozent und die Länder 10 Prozent der kommunalen Schulden.
2. Es werden Krediterleichterungen für Städte und Gemeinden durch Zinshilfen und verbilligte Bundes- und Landesdarlehen geschaffen.
3. Bund und Land übernehmen voll alle sachlichen und personellen Aufwendungen für die von ihnen veranlaßten Aufträge.

Sehr geehrter Herr Minister! Wir werden diesen Brief durchschriftlich auch an den Herrn Bundesminister für Finanzen, Herrn Heinrich Apel, senden, weil wir der Meinung sind, daß die Finanznot unserer Stadt endlich generell neue Entscheidungen fordert. Wir hoffen, daß sie sich im Sinne unseres Anliegens an die Bundesregierung wenden.



Plakate in Mörfelden. Die DKP fordert darauf eine Erhöhung des Gemeindeanteils am Steueraufkommen.



Chilenische Senatorin besuchte Mörfelden!

Julietta Campusano, Senatorin unter der Regierung Allende, besuchte den Kreis Groß-Gerau. In Mörfelden wurde sie von den DKP-Stadtverordneten empfangen. Mitglieder des Chile-Solidaritätskomitees informierten sie über Solidaritätsaktionen in Mörfelden. Dabei wurde bekannt, daß bereits über 5000,- DM vom Mörfelder Komitee auf das Solidaritätskonto überwiesen wurden. Julietta Campusano, sie ist Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Chiles, erklärte weltweite Solidarität sei notwendig, um die faschistische Junta zu überwinden.

Finanzielle Kredite an die Junta, die BRD überwies gerade wieder 21 Millionen DM, würden zur Folge haben, daß die Junta weiter morden könnte. Im Namen der Unidad Popular dankte Frau Campusano allen Mörfelder Bürgern für die erwiesene politische und materielle Solidarität.

ZUM 50.



Wenn wir heute unsere fünfzig „blickpunkt“-Ausgaben vor uns ausbreiten, dann erinnern wir uns an die vielen Schwierigkeiten und Hindernisse, die vor jeder Ausgabe auftraten — aber auch an die Zustimmung, die wir aus der Bevölkerung seit dem ersten „blickpunkt“ erhalten.

So ein „Blättchen“ herauszubringen war und ist nicht einfach. Es sind immerhin keine gelernten Redakteure, die hier schreiben und Umbruch machen. Es sind Arbeiter und Angestellte, die in ihrer Freizeit den „blickpunkt“ herstellen und verteilen.

Warum machen wir uns diese Arbeit? Diese Frage ist einfach zu beantworten. Wir haben wie andere Parteien unser

Programm, unsere Vorschläge — aber in der Presse, im Funk und im Fernsehen werden wir im wesentlichen totgeschwiegen. Selbst in der Lokalpresse werden unsere Erklärungen oft nicht abgedruckt oder entstellt wiedergegeben. Wir sind also regelrecht gezwungen, den „blickpunkt“ herauszugeben, wenn unsere Vorstellungen bekannt werden sollen.

Besonderen Wert hat der „blickpunkt“, weil er über die kommunalen Probleme lückenlos berichtet und die Dinge beim Namen nennt. Die vier Stadtverordneten der DKP hätten in diesem Stadtparlament wenig Gewicht — aber die Stadtzeitung der DKP mobilisiert die Öffentlichkeit und hilft, DKP-Vorschläge durchzusetzen.

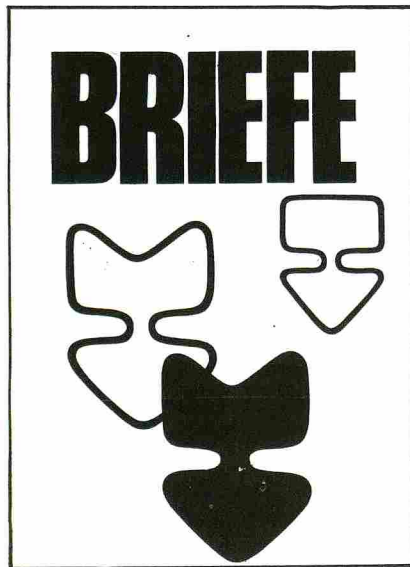
Deshalb ist der „blickpunkt“ erfolgreich und deshalb wird er kopiert. CDU, FDP und SPD machten immerhin den Versuch, etwas Ähnliches auf die Beine zu stellen. Das Urteil, inwieweit diese Versuche gelungen sind, überlassen wir gern unseren Lesern.

Wo wird der „blickpunkt“ am intensivsten gelesen? Auf dem Rathaus natürlich. Hier verfolgt man sehr genau jede Ausgabe — und oft war man hier erschreckt, wenn der „blickpunkt“ Dinge ausplauderte, die nicht an die Öffentlichkeit sollten. Das werden wir auch weiterhin so machen.

Am meisten freut uns natürlich, wenn uns Mörfelder auf die Schulter klopfen und sagen: „Jawohl, das ist in Ordnung, was da in Eurer Zeitung steht!“

Ohne die vielen Hinweise aus der Bevölkerung, ohne die Zuschriften, ohne die vielen kleinen und größeren Spenden der Mörfelder gäbe es keinen „blickpunkt“. (Anlässlich der 50. Ausgabe konnte unser Kassierer über 600,- DM Anzeigengeld und Spenden verbuchen.) Für diese Unterstützung bedanken wir uns herzlich. Alle Mörfelder, die den „blickpunkt“ gerne lesen, bitten wir, uns in dieser Weise weiter zu unterstützen.

DKP-MÖRFELDEN



Viele Briefe erhält der „blickpunkt“.
Zum 50. schrieb uns
Pfarrer K.-H. Geil:

Grußwort

Ich schreibe dieses Grußwort auch auf die Gefahr hin, daß es mißverstanden wird als Huldigung an eine Partei. (Wer mißverstehen will, der tut das sowieso.) Doch dazu ist folgendes zu sagen: Das Evangelium, das uns anvertraut ist, ist Programm, nämlich das Programm einer sich unter unserem Einfluß auf mehr Menschlichkeit, Freiheit, Selbstbestimmung und Mitbestimmung, auf mehr Brüderlichkeit hin verändernden Gesellschaft. Und genau darüber muß viel mehr gesprochen, diskutiert und gestritten werden. — Auch — und vielleicht gerade mit Kommunisten. Und an dieser Stelle hat auch der „blickpunkt“ sicher seinen Ort. Nicht immer ist man einverstanden, nicht immer ist man einer Meinung; oft ist das eine oder andere überzeichnet, vielleicht übertrieben. . . . Doch was wäre der Mörfelder kommunalpolitische Raum ohne den „blickpunkt“? Seine Kritik (nicht ohne Biß), seine Analysen (nicht ohne den festen Rahmen der dahinterstehenden Ideologie), seine Vorschläge, haben doch oft genug dazu geführt, daß Dinge geändert, oder wenigstens überdacht wurden, an denen scheinbar nichts zu ändern war. Ich wünsche dem „blickpunkt“ deshalb, daß er auch in Zukunft noch oft erscheinen kann und dazu hilft, daß wir nicht einschlafen, sondern — jeder an seinem Platz — das tun, was getan werden muß für ein menschenwürdiges Leben aller Menschen. K.H. Geil

H. K., Hochstraße, meint:

- Warum sinnlose Abholzung des Waldes, wenn das Fluggastaufkommen rückläufig ist?
- Wenn man bedenkt, was das chilenische Volk nach der Machtergreifung durch die Militaristen für unsagbare Qualen erleiden mußte, wäre der bereits im „blickpunkt“ mehrfach gemachte Vorschlag, eine Straße nach dem ehemaligen Präsidenten Allende zu benennen, im Sinne der Bevölkerung von Mörfelden.

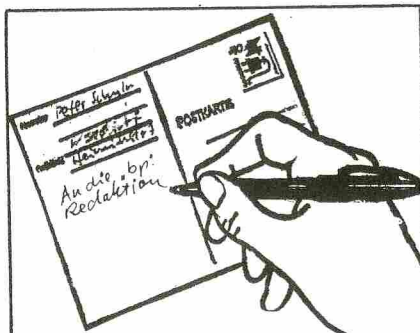
Eine Erklärung, gerichtet an die Behörden und unterzeichnet von zwölf Personen, erhielten wir aus Mönchbruch.

Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Ein Kind, zwei Pferde, zirka fünf Hunde, rund 20 Katzen in den letzten zwei Jahren, die auf der B 486 starben, sind genug.

Dies ist nur ein kleiner Auszug von dem, was auf der B 486 passierte. Grund: rücksichtslose Autofahrer, überhöhte Geschwindigkeit und teilweise unzureichende Beschilderung sowie Beleuchtung. Noch leben neun Kinder in Mönchbruch.

Wir fordern für Mönchbruch: Ein Überholverbot, Schilder, die auf Spaziergänger, Kinder und die übermäßige Lärmbelastung hinweisen, wie z.B. in Walldorf in der Okriffler Straße. Wir bitten, diesen Antrag baldigst zu behandeln und warten auf Ihre Antwort.



Sicher haben Sie schon bei manchem Problem gedacht, „... das müßte in den „blickpunkt“ — und dann ging es doch wieder vergessen.

Das muß nicht sein. Schreiben Sie uns, wenn Sie Vorschläge machen wollen, schreiben Sie uns, wenn Sie wollen, daß „Ihr“ Problem an die Öffentlichkeit soll. Wir drucken Ihre Hinweise ab — mit Namen oder ohne Namen — ganz, wie Sie es wünschen.

Zwei Bauarbeiter, Franz Klement und Hans Ernst, schrieben:

Als interessierte Leser sind wir der Meinung, daß sich der „blickpunkt“ für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung einsetzt.

Wir gratulieren zur 50. Ausgabe.

Gesamtschule

Nach wie vor Stundenausfall

Den Beschluß der Landesregierung, fast 600 Lehramtsanwärter nicht in den Schuldienst zu übernehmen, bringt viele Schulen in eine schwierige Situation.

Auch die Gesamtschule Mörfelden/Walldorf ist davon betroffen.

Dies geht aus einem Elternbrief hervor, der von 30 Kollegen der Gesamtschule, vom DGB-Ortskartell und von der Gewerkschaftsjugend unterzeichnet wurde.

In diesem Schreiben heißt es unter anderem:

„Die Situation auch an unserer Schule, der integrierten Gesamtschule Mörfelden/Walldorf I, ist nach wie vor schlecht und wird sich auch in absehbarer Zukunft nicht ändern.

An unserer Schule fielen im ersten Schulhalbjahr 74/75 wegen Lehrermangels jede Woche in den Fächern Englisch 28, Physik/Chemie 34, Musik 63 und im musisch-technischen Bereich 46 Stunden aus.

Was bedeutet vor diesem Hintergrund der Beschluß der Landesregierung, nicht alle Referendare einzustellen:

- Die Ihren Kindern zustehenden Unterrichtsstunden werden weiter gekürzt. Schon jetzt liegt die Zahl der unserer Schule zugewiesenen Lehrerstellen um 16 bis 17 Prozent unter der Zahl der für uns errechneten Lehrerstellen. Unsere Schule steht damit nicht allein. Dieser Prozentsatz trifft auf alle hessischen Schulen zu. Das bedeutet für uns: 15 Stellen zu wenig!
- Weiterhin werden zuviel Kinder in jeder Klasse sitzen!
- Individuelle Fördermaßnahmen werden unmöglich (z.B. keine Kurse für schreib- und leseschwache Kinder)!
- Ausländische Schüler können keinen zusätzlichen Unterricht in Deutsch erhalten!“

Die Eltern und alle Interessierten werden aufgefordert, am 21.2.1975 zur „Protestveranstaltung gegen Nichteinstellung“, um 20.00 Uhr, in die Gesamtschule Groß-Gerau zu kommen.

Recht auf Arbeit oder Zwang zur Arbeit? – Preissubventionen, stabile Preise oder Inflation?
Wem nutzt der Ost-West-Handel?

Warum gibt es in der DDR keine Wirtschaftskrise?

Diese und andere Fragen stehen zur Diskussion mit Referenten aus der DDR.

Es diskutieren:

Horst Laubenstein, Diplom-Ökonom, Frankfurt/Oder

Walter Riese, Direktor bei der Sozialversicherung in Frankfurt/O.

Informieren Sie sich über die DDR aus erster Hand.



am 20. Februar
im Bürgerhaus Mörfelden
Beginn: 20.00 Uhr

WIR VERKAUFEN - VERLEGEN UND BAUEN EIN

MARMOR - KUNSTSTEIN - TRAVERTIN

FLIESEN · MOSAIK · GEHWEGPLATTEN

WASCHBETON · VERBUNDPFLASTER

MARMOR-IMPORT-GMBH

MÖRFELDEN · WESTENDSTRASSE 63 · TELEFON 22271

DAS IST
Mode

HAITI
34,90



Ein Modell,
das in die Augen sticht!
Junge Mode mit neuer
Sohलगestaltung.



SCHUH-VÖLKER

6082 Mörfelden/Hessen
Westendstraße 18
eigener Parkplatz
Telefon 06105/2672

JAKOB SCHAFFNER 2.

Baustoffe

Mörfelden

Bahnhofstraße 17 · Telefon: 2 22 31

Speisegaststätte

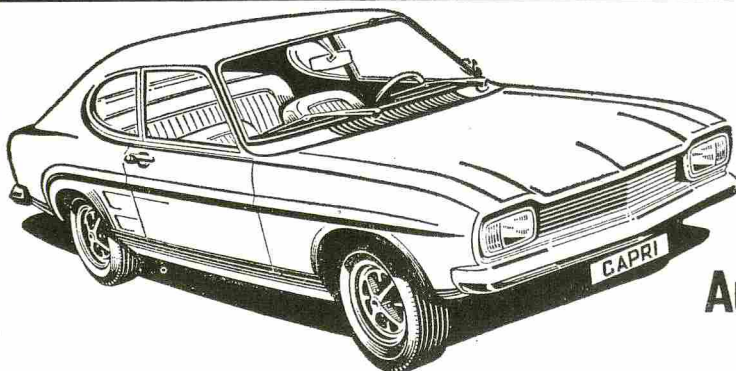
„Zum Löwen“

Inh.: E. Lipps

Bürgerliche Küche

Mörfelden

Gerauer Straße 2 · Telefon: (06105) 2 17 20



Autohaus Schulmeyer

Ihr Ford-Händler

Inh. Horst Murawski

*Schulmeyer pflegt gut und preiswert
in unserem Ort Ihren Ford*

Mörfelden, Gerauer Straße 6-8, Telefon 22 18

**Manche Familien
wechseln ihr Auto öfter
als ihre Tapete.**

Dabei ist tapezieren viel billiger als ein Auto.
Und man hat mehr davon.
Schauen Sie sich die neuen Tapetenmuster an!

Tapetenwechsel braucht der Mensch.

Fachliche Beratung
FARBENHAUS KUNZ

Mörfelden

Ringstraße 18 · Telefon: 2 24 09

Gut beraten –
speziell bedient
im Fleischerfachgeschäft



**METZGEREI
DICKKAUT & CONRADT**

Mörfelden
Bahnhofstraße 4 · Telefon: 2 22 70

WILLI ARNDT

Kiosk + Trinkhalle

Zeitschriften, Süßwaren
und Getränke aller Art



Annahmestelle Lotto und Toto
Mörfelden, Ringstraße

Jetzt kommt die schöne Frühlingszeit –
doch erst Blumen bringen Fröhlichkeit



Blumen aus Ihrem Fachgeschäft

BLUMEN-GERNANDT
Mörfelden
Langstraße 41 und Gerauer Straße 60



Modisch aktuelle Gardinen
Maßgerecht zugeschnitten
Im eigenen Nähatelier genäht

Für Sie dekoriert

Ihr Raumgestalter
KARL H. HEROUX

Mörfelden
Bahnhofstraße 23 · Telefon: 26 18



Schlammbad vor neuem Sportlerheim

Über das im letzten Jahr eingeweihte schöne neue Sportlerheim haben sich die Sportler und mit ihnen ein Großteil unserer Bevölkerung gefreut. Mittlerweile ist das Haus gut frequentiert. Jedoch wird die Freude der Besucher getrübt durch den schlechten Zustand des Weges vom Stadiontor bis zum Sportlerheim und des Platzes vor dem Heim. Fußgängern und Radfahrern ist es kaum möglich, trockenen Fußes die Trainingsstunden zu besuchen. Bei der Anfahrt mit dem Auto ist ein Achsenbruch einzukalkulieren. Die vielen Regentage haben dazu ihr Teil noch beigetragen.

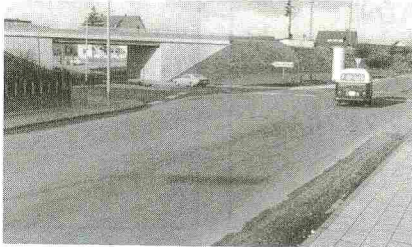
Da die Wege und Platzverhältnisse während der Bauzeit des Sportlerheims vollkommen ruiniert wurden, sollte die Stadt auch diese jetzt wieder in Ordnung bringen.

Fazit: Zu einem neuen Anzug gehören auch ein Paar saubere Schuhe und zu einem neuen Sportlerheim gehört eben auch ein ordentlicher Fuß- und Fahrweg.

Wir sind auch deswegen beim Magistrat vorstellig geworden.

Straßenmarkierung Gärtnerweg-Westendstraße

Seit der Inbetriebnahme der neuen Bahnunterführung Westendstraße wird es deutlich, daß zur Verbesserung des Verkehrsablaufes im Gärtnerweg eine Straßenmarkierung in Form eines Mittelstreifens notwendig wird, damit die Fahrzeuge, die aus dem Gärtnerweg in Richtung Rüsselsheimer Straße wollen, sich nicht über die Mitte hin einordnen und damit entgegenkommende Fahrzeuge behindern.



Fußgängerüberweg

Unsere Fraktion hat beim Magistrat außerdem angefragt, ob es nicht sinnvoll und für die Fußgänger aus Sicherheitsgründen notwendig wäre, zwischen Ringstraße und Gärtnerweg über die Westendstraße einen Fußgängerüberweg (Zebrastreifen) anzulegen. Viele Bürger gehen zu Fuß entlang der Ringstraße zum Friedhof, Bürgerhaus oder in Zukunft zum neuen Jugendzentrum und müssen die Westendstraße überqueren, durch die der Verkehr seit der neuen Bahnunterführung noch schneller rollt.



Straßenschilder

Im innerstädtischen Bereich fehlen in Mörfelden noch einige Hinweisschilder. So unter anderem „Zum Friedhof“ „Zur Turnhalle – Gesamtschule“ usw. Letzteres müßte unmittelbar hinter der Ringstraßenunterführung stehen (unser Bild).

Anfrage der DKP

Bürgerhaus

In letzter Zeit ist hauptsächlich im großen und kleinen Saal des Bürgerhauses ein sehr unangenehmer Küchengeruch festzustellen.

1. Ist die Entlüftung in der Küche nicht ausreichend?
2. In welcher Art soll dieser Mißstand behoben werden?

Bei Zusammenkünften im Gesellschaftssaal (kleiner Saal im Keller) wird der Lärm der Kegelbahnen sehr störend empfunden.

Außerdem sind nicht genügend Räume für Vereins- und Parteisitzungen vorhanden.

1. Ist daran gedacht, bei kommenden Umbau- und Renovierungsarbeiten hier Abhilfe zu schaffen?
2. Kann bei dieser Gelegenheit nicht ein früherer Vorschlag unserer Fraktion aufgegriffen werden, durch mobile Wände den Raum für kleinere Gruppen abzuteilen?
3. Für welchen Zweck ist der Raum vorgesehen in dem seither die Stadtbücherei untergebracht war?
4. Wie sollen die zwei Räume der Jugendbegegnungsstätte, nach Fertigstellung des Jugendzentrums, genutzt werden?

Liebe Leser

Der "blickpunkt" wird in Mörfelden gern gelesen. Oft hört man anerkennende Worte und oft steckt man uns einen Geldschein zu. Dafür danken wir recht herzlich.

Viele Bürger geben uns Hinweise oder schreiben Leserbriefe. Das macht den "blickpunkt" interessant und lesenswert. Wir freuen uns über jede Unterstützung.

Die Redaktion

Fehlplanung

Nach einer Diskussion im Bauausschuß mit Herrn Gebauer von der Regionalen Planungsgemeinschaft Starkenburg, vor allem aber nach den Äußerungen des Direktors der Regionalen Planungsgemeinschaft Untermain, Reinhard Sander, gibt es für uns eine Reihe Unklarheiten über die bevölkerungspolitische Entwicklung unseres Gebietes. Reinhard Sander erklärte, daß das Entwicklungstempo im Ballungsgebiet Rhein-Main „sehr rasch und sehr deutlich“ abflauen wird. Er meint, daß viele Gemeinden im Frankfurter Umland „nicht nur nicht mehr wachsen, sondern sogar schrumpfen werden“. Schon jetzt ständen im Umland zirka 12.000 neu gebaute Eigentumswohnungen leer.

(offensichtlich wurde hier nicht nur am Bedarf vorbei gebaut wie es hieß, sondern am Geldbeutel der Arbeiter und Angestellten.) Auch in Mörfelden finden sich nicht genügend Interessenten für von Mörfelder Industriebetrieben für Belegschaftsangehörige mitfinanzierte Wohnungen.

Im Zusammenhang mit diesen Prognosen bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wieviel Wohnungssuchende gibt es in Mörfelden? (Eventuell auch die Zahl von Walldorf.)
2. Gibt es eine abnehmende Tendenz bei Wohnungssuchenden?
3. Wieviel Wohnungen stehen leer?
4. Wieviel Mörfelder haben bis jetzt die Absicht geäußert, im neu ausgewiesenen Bebauungsgebiet Steinweg Nord I und II zu bauen?
5. Wie hoch ist der Anteil der Arbeiter und Angestellten, die Anträge für den Bau eines Eigenheims gestellt haben?
6. Was haben die Planungen (Städtebauwettbewerb) für das Gebiet zwischen Mörfelden und Walldorf insgesamt gekostet?
7. Welche Teile des angenommenen Planes sind noch verwendbar?
8. Gibt es angesichts der neuen Erkenntnisse über die Bevölkerungsentwicklung neue Pläne für das Gebiet zwischen Mörfelden und Walldorf? — Sollten die bestehenden Pläne und die zu einem früheren Zeitpunkt gefaßten Beschlüsse in nächster Zeit nicht nochmals überdacht und neu beraten werden?



Der Dreck spritzt bis zur Hauswand

Bereits in der September-Ausgabe 1971 („bp“ Nr. 11) berichteten wir von den unhaltbaren Zuständen vor den Häusern Langener Straße 84 bis 92. Damals beschwerten sich die Anlieger in einem Brief an das Straßenbauamt Darmstadt über den unbefestigten Streifen — Bürgersteig kann man dazu nicht sagen — vor ihren Häusern.

Unsere Stadtverordneten Hechler und Siegel wurden daraufhin beim Magistrat in dieser Angelegenheit vorstellig. Man entschloß sich aber im Magistrat zur damaligen Zeit nur für eine halbe Sache.

Vor den genannten Häusern wurde nur ein provisorischer Bürgersteig ange-

legt und der Rest bis zur Fahrbahn blieb unbefestigt (unser Bild).

Inzwischen ist dieses Straßenstück, von Fahrzeugen, die vom Industriegebiet her auf die B 44 in Richtung Walldorf wollen und dieses Stück als Abbiegespur benutzen, dermaßen zusammengefahren, daß es einer Mondlandschaft gleicht. Fußgänger werden durch vorbeifahrende Autos mit Schlamm bespritzt und die Anlieger ärgern sich darüber, daß die Hauseinfriedigungen und Hauswände ständig beschmutzt werden.

Wir meinen, man sollte den Wünschen der Anlieger entgegenkommen und diese unzumutbaren Verhältnisse schnellstens beseitigen.

Bürger zweiter Klasse?

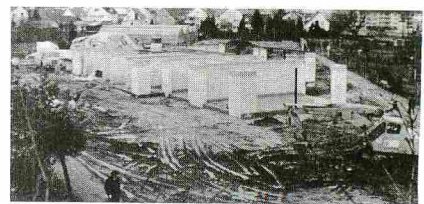
Fußgänger und Radfahrer sind in Mörfelden immer noch Bürger zweiter Klasse. Zu dieser Feststellung mußten wir auch diesen Winter gelangen. Noch immer gibt es keine sicheren Radwege zum Industriegebiet, obwohl schon fast seit zwei Jahren davon gesprochen wird.

Noch immer gibt es im Industriegebiet keine Bürgersteige, obwohl die Straßen bereits seit etwa zwei Jahren fertiggestellt sind. Mörfelder, die zu Fuß an ihren Arbeitsplatz gelangen wollen, müssen die Fahrbahn benutzen und begeben sich gerade während der Wintermonate, in der Dunkelheit morgens und abends, in größte Gefahr.

Unsere Fraktion hat den Magistrat gefragt, wann endlich hier mit Verbesserungen gerechnet werden kann.



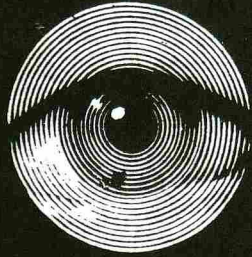
8ung



Bald steht das Jugendzentrum. Die dafür ursprünglich aufgekaufte Flughafenbaracke fault derweilen still vor sich hin. Die Bevölkerung ist gespannt, was mit dem Holzhaufen noch gemacht wird.



BLICKPUNKT KOMMUNAL



Die DKP-Fraktion im Mörfelder Stadtparlament hat zum Doppelhaushalt für die Jahre 1975/76 dreizehn Anträge eingebracht. Da wir meinen, daß ein Haushaltsplan nicht nur eine Sache des Stadtparlamentes ist, geben wir unseren Lesern nachfolgend eine Übersicht über die Anträge.

ANTRAG 1

Zuschuß an ev. Kirche streichen

Die erstmals ab 1975 eingesetzte Zuwendung von 1.800 DM an die evangelische Kirche (Umweltbeauftragter) ist ersatzlos zu streichen.

BEGRÜNDUNG

Wir sind auf keinen Fall dagegen, daß sich auch die evangelische Kirche für den Erhalt und die Verbesserung der Umwelt einsetzt. Wir halten aber eine Bezuschussung durch

die Kommunen nicht für erforderlich, da die evangelische Kirche Hessen und Nassau für ihren Beauftragten allein zuständig ist.

ANTRAG 2

Weniger Geld für den Stadtverordnetenvorsteher

Die Verfügungsmittel des Stadtverordnetenvorstehers von 3.000 DM werden auf 2.000 DM reduziert.

BEGRÜNDUNG

Erstmals werden die Verfügungsmittel des Bürgermeisters 1975 um 1.000 DM gekürzt. Ebenso wurden die Repräsentationsmittel von 7.000 DM auf 6.000 verringert. Dies ist eine lobenswerte Tendenz. Man sollte sie auch auf die Verfügungsmittel des Stadtverordnetenvorstehers ausdehnen.

ANTRAG 3

Kein Zuschuß für Lichterketten

Der Zuschuß für die Grundausrüstung einer Weihnachtsbeleuchtung in Höhe von 5.000 DM für das Rechnungsjahr 1975 ist ersatzlos zu streichen.

BEGRÜNDUNG

Wir sind selbstverständlich für Bezuschussung örtlicher Vereine sowie für eine Verschönerung unserer Stadt. Jedoch sollte in diesem Falle der Gewerbeverein die Kosten selbst tragen.

Wir schließen uns in dieser Frage der Meinung der SPD vom Vorjahre an, „daß aus Steuergeldern ein zusätzliches und aufwendiges Lichterfest nicht finanziert werden sollte“.

ANTRAG 4

Für eine qualifizierte Verwaltung

Für die Aus- und Fortbildung von Verwaltungsangehörigen werden 1976 ebenfalls

6.000 DM wie in den vorangegangenen Jahren eingesetzt.

BEGRÜNDUNG

Im Interesse einer qualifizierten und funktionsfähigen Verwaltung ist die Möglichkeit der Fortbildung uneingeschränkt zu gewährleisten. Dies ist auch im Sinne aller Bürger.

ANTRAG 5

Gegen Gebührenerhöhung im Kindergarten

Der Ansatz von 110.000 DM im Jahr 1976 wird reduziert auf 90.000 DM wie in den Vorjahren, so daß eine Kindergartengebührenerhöhung nicht notwendig wird.

BEGRÜNDUNG

Idealfall und anzustrebendes Ziel in der Kindergartenfrage wäre, für jedes Kind vom 3. bis 5. Lebensjahr ein Kindergartenplatz. Dieser sollte gebührenfrei sein. Es ist nicht einzusehen, daß für die Bildung des Kindes, und dazu gehört auch der Kindergarten, im schulischen Bereich Gebührenfreiheit besteht, diese aber beim Kindergarten verwehrt wird.

Die Erreichung dieses Zieles sollte auch das Anliegen aller Fraktionen im Mörfelder Stadtparlament sein. Die ab 1976 vorgesehene Gebührenerhöhung um zirka 20 Prozent bringt uns diesem Ziel nicht näher. Nicht Erhöhung dieser Gebühren, sondern deren allmählicher Abbau ist anzustreben.

ANTRAG 6

Die 30.000.-DM-Befragung wird abgelehnt

Die für die Erstellung eines Altenplanes eingesetzten 15.000 DM sind ersatzlos zu streichen.

Die Befragung unserer älteren Bürger, nach dem vorliegenden Fragebogen, die zusammen mit Walldorf 30.000 DM kosten würde, wird nicht durchgeführt. Die bereits eingesetzten 15.000 DM werden an anderer Stelle für unsere älteren Mitbürger eingesetzt. Der Magistrat wird beauftragt, bei den entsprechenden Stellen eine zentrale Befragung durch das Land Hessen anzuregen.

BEGRÜNDUNG

Wir sind der Ansicht, daß eine Befragung der älteren Mitbürger nur in Mörfelden und Walldorf wenig sinnvoll ist. Die beiden Städte stehen mit ihrer Bevölkerungsstruktur nicht allein. Es gibt Städte mit gleichen oder ähnlichen Problemen. Es ist vorteilhafter, wenn das Land Hessen eine zentrale Befragung durchführen würde.

ANTRAG 7

Für Garderoben-Schränke im Schwimmbad

Die Garderoben im Mörfelder Waldschwimmbad sollen in Zukunft nicht mehr besetzt werden.

Hierdurch können die persönlichen Kosten von 175.800 DM im Rechnungsjahr 1975 und 193.000 DM im Rechnungsjahr 1976 >

Ich bin dagegen, daß die Lücken in unserer Stadtkasse durch Gebührenerhöhungen gestopft werden.

Ich bin gegen eine (nach der Fusion mit Walldorf zu erwartende) „Gebührenangliederung“ nach oben.

Ich bin gegen die Erhöhung der Müllgebühren und anderer Abgaben in Mörfelden.

Ich unterstütze die Forderung, den Gemeindeanteil am Gesamtsteueraufkommen von zur Zeit 12 Prozent auf zunächst 20 Prozent zu erhöhen.

Ich fordere alle Stadtverordneten von Mörfelden auf, sich dafür einzusetzen.

Name

Anschrift

Bitte unterschreiben und an den „blickpunkt“, Mörfelden, Hochstraße 22 schicken. Jedes Mitglied der DKP nimmt in Mörfelden diesen Abschnitt entgegen.

- ▽ um 40.000 bzw. 45.000 DM gekürzt werden.
- Der Magistrat wird beauftragt:
- Angebote für neuzeitliche Garderobenschränke einzuholen.
 - Die Möglichkeit der Aufbewahrung von Wertsachen festzustellen.
 - Die Konsequenzen zu untersuchen, die sich bei einer, wie bereits in einer Bauausschußsitzung besprochenen, Nulltarif-Einführung ergeben.

BEGRÜNDUNG

Wie uns die Verwaltung auf Anfrage mitteilte, war es in den letzten Jahren schwierig, die Stellen für die Kleideraufbewahrung zu besetzen. Außerdem konnten wir feststellen, daß viele Schwimmbadbesucher nur die Umkleidekabinen benutzen ohne ihre Kleider abzugeben. (Gerade bei etwas kühlerer Witterung ist die Inanspruchnahme der Garderoben sehr gering.) Es wäre deshalb zu überlegen, ob nicht eine Aufbewahrung der Kleider, z.B. in Garderobenschränken, wie sie in vielen neuen Schwimm- und Hallenbädern zu finden sind, zweckdienlicher ist.

ANTRAG 8

Gegen eine Erhöhung der Kanalbenutzungs-Gebühren

Der Ansatz von 427.000 DM für das Jahr 76 wird auf 360.000 DM gesenkt. Somit ist eine Erhöhung der Kanalbenutzungsgebühren ab 1976 nicht erforderlich.

ANTRAG 9

Für den Stopp der Müllgebühren

Der Ansatz im Jahr 1976 wird um 325.000 DM reduziert, so daß eine Müllgebührenerhöhung nicht notwendig wird.

ANTRAG 10

Bestattungsgebühren-Erhöhung wird abgelehnt

Die Ansätze 750, 110, 140, 167 bleiben im Jahr 1976 unverändert, wie in den vorangegangenen Jahren. Somit wird eine Erhöhung der Bestattungsgebühren nicht notwendig.

BEGRÜNDUNG

Zur Zeit wird die arbeitende Bevölkerung überall mit neuen und zusätzlichen Belastungen konfrontiert.

Über eine Million Arbeitslose und fast ebensoviele Kurzarbeiter müssen mit erheblichen Lohnverlusten rechnen. Hart erkämpfte Lohn- und Gehaltserhöhungen sind niedriger als in den vergangenen Jahren, obwohl die Lebenshaltungskosten wie nie zuvor gestiegen sind.

Unter dem Vorwand „kostendeckend“ bezahlt werden, wird unsere Bevölkerung in den Städten und Gemeinden darüber hinaus mit immer höheren Tarifen, Abgaben und Gebühren belastet, obwohl seit Jahren die Masse der Steuerzahler, also die werktätige Bevölkerung, durch ihre Aufwendungen einen immer größeren Teil der staatlichen Ausgaben finanzieren muß.

Mit dieser Entwicklung können wir nicht einverstanden sein.

Im Interesse unserer Bürger bitten wir die übrigen Fraktionen mit uns die Forderung, auch von unserer Stadt aus, zu erheben, daß der Anteil der Kommunen an der Einkommensteuer erhöht wird und die Gewerbe-

steuer voll am Ort verbleibt. Mit diesen Mehreinnahmen in der Kasse könnte ohne weiteres auf alle Gebührenerhöhungen verzichtet werden.

ANTRAG 11

Gebührenerhöhung für die Kegelbahnen ist keine Sportförderung

Der Ansatz von 20.000 DM im Jahr 1976 wird auf 15.000 DM reduziert und bleibt somit unverändert wie in den Vorjahren.

BEGRÜNDUNG

Die Stadt Mörfelden zeichnet sich vor vergleichbaren Städten durch eine relativ gute Sportförderung aus.

Die Erhöhung dieser Gebühren, die die Freizeitsportler trifft, paßt nicht in dieses Bild.

ANTRAG 12

Lohnsummensteuer ist kein Ausweg aus der Finanzmisere

Die Ansätze von 450.000 DM im Jahre 1975 und 500.000 DM im Jahre 1976 sind ersatzlos zu streichen.

BEGRÜNDUNG

Die Lohnsummensteuer soll den Rückgang der Gewerbesteuer ausgleichen. Sie berechnet sich nach der Gesamtsumme des in einem Betrieb ausgezahlten Lohnes, einschließlich Zuschläge für Mehrarbeit und Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit. Das hat zur Folge, daß diese Steuer lohnintensive Betriebe übermäßig belastet. In der Regel werden das die kleineren Gewerbetreibenden sein. Größere Unternehmen sind von der Lohnsummensteuer weniger betroffen, da die organische Zusammensetzung ihrer Betriebe ein höheres technisches Niveau hat und im Verhältnis weniger Lohnabhängige beschäftigt sind. Hierbei ist zu bedenken, daß diesen Unternehmen durch die siebenprozentige Investitionshilfe noch erleichtert wird zu rationalisieren.

Letzten Endes bedeutet die Lohnsummensteuer eine langanhaltende Belastung der lohnintensiven Betriebe.

Das Ergebnis wird sein, daß diese Steuer nur von Klein- und Handwerksbetrieben, die sich keinerlei Manipulationen wie die Großbetriebe leisten können, voll bezahlt wird.

Die Grenze von 24.000 DM, die ein Lohnsummensteuerpflichtiger Betrieb nicht überschreiten darf, um den Freibetrag von 9.000 DM absetzen zu können, ist zu gering, um die Gewerbetreibenden nachhaltig zu entlasten. Der Betrag von 24.000 DM wird heute schon von einem qualifizierten Facharbeiter bei weitem überschritten. Im Endeffekt belastet die Lohnsummensteuer direkt und indirekt die Arbeiter, Handwerker, selbständige und mittelständige Kleinunternehmer und birgt deshalb in ihrem Wesen keinesfalls auch nur einen Zug von Gleichheit und Gleichbehandlung der Bevölkerung.

Einmal mehr soll mit der Einführung der Lohnsummensteuer der Bevölkerung, die sowieso durch Gebühren und Steuern genug belastet wird, die Lasten einer falschen, von Bund und Ländern zu verantwortenden, Finanzpolitik aufgebürdet werden.

ANTRAG 13

Keine weiteren Wahlmaschinen

Die Ansätze von je 15.000 DM in den Jahren 1975 und 1976 für den Ankauf von Wahlmaschinen werden ersatzlos gestrichen.

BEGRÜNDUNG

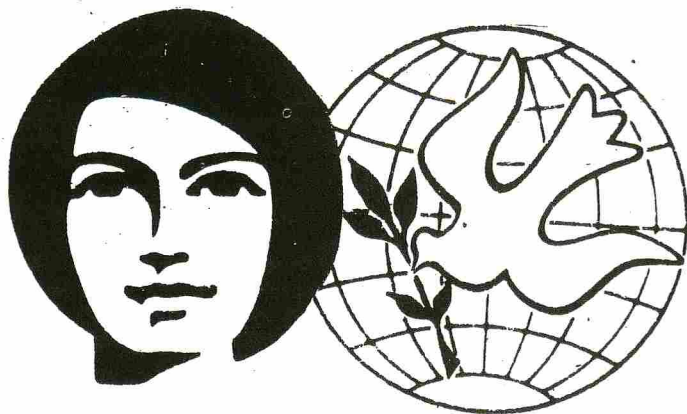
In einer Zeit, in der die Verschuldung der Gemeinde steigt, in der weitere Belastungen auf die Bürger abgewälzt werden, halten wir es für nicht angebracht, Geld für teure Wahlmaschinen auszugeben deren Nutzen in keinem Verhältnis zum Anschaffungspreis steht.

Auch bei Anschaffung der ersten Wahlmaschinen hätte man Überlegungen anstellen sollen, ob diese nicht kostengünstiger im Leasing-Verfahren zu beschaffen gewesen wären.



Auch auf dem Rathausplatz sammelten Mitglieder der DKP Unterschriften gegen die angekündigten Gebührenerhöhungen

J A H R D E R F R A U



Für die Gleichberechtigung und Chancengleichheit der Frau in Betrieb, Staat und Gesellschaft ist das gemeinsame Handeln der werktätigen Frauen notwendig. Auf einer Frauenkonferenz der DKP wurden nach ausführlichen Beratungen sieben demokratische Aktionsforderungen erhoben:

1. Für den sofortigen Preisstopp!
2. Für die Sicherung von Arbeitsplätzen durch die Hebung der Massenkaufkraft!
Die Frauen unterstützen die Forderungen nach höheren Realeinkommen, die auf Kosten der Profite durchzusetzen sind.
3. Für die Durchsetzung des Verfassungsauftrages nach Gleichberechtigung!
Die Frauen fordern die Durchsetzung des Artikels 3 des Grundgesetzes: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“
4. Für die sozialen Rechte der Frauen und Mädchen!
Die Frauen fordern gesetzlichen Bildungsurlaub, bessere Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten ohne Lohnausfall.
5. Für die Sicherheit und Bildung unserer Kinder!
Die Frauen fordern die Schaffung von Kinderkrippen, Horten und Gesamtschulen.
6. Für den Ausbau des Mutter- und Kinderschutzes!
Die Frauen fordern die Verlängerung des Schwangerschaftsurlaubs auf 20 Wochen, das Verbot von Fließband- und Akkordarbeit für Schwangere und stillende Mütter und besseren Kündigungsschutz sowie das Babyjahr.
7. Für die Verwirklichung der Fristenregelung!
Die Frauen rufen von der Konferenz der DKP: Handeln wir gemeinsam für die Erfüllung dieser Forderungen!

Der Frauenarbeitskreis der DKP-Mörfelden lädt anlässlich des „Internationalen Frauentages“ am Samstag, 8. März, zu einer Diskussionsrunde bei Kaffee und Kuchen ins Naturfreundehaus ein. Ein Fahrdienst wird eingerichtet.
Abfahrt: 15.00 Uhr,
Rathausplatz (Dalles).



Da helfen keine Sprüche

Das Jahr 1975 wurde von der UNO zum „Jahr der Frau“ ausgerufen. Doch trotz vieler schöner Reden droht es für die Masse der Frauen in unserem Land zum „Jahr der besonderen Belastung der Frau“ zu werden: Viele Frauen verloren ihren Arbeitsplatz, und wer noch Arbeit hat, für den kam die Ernüchterung mit der ersten Lohnzahlung. Wer in die Lohnsteuerklasse V eingestuft ist – und die meisten Frauen sind es, die als Teilzeitarbeiterinnen mitverdienen – mußte Lohn einbußen von mehreren hundert Mark hinnehmen. Besonders hart trifft diese Auswirkung der „Steuerreform“ die Familien, in denen der Mann arbeitslos ist oder kurzarbeitet. Die Illustrierten bieten als „Ausweg“ aus der Misere Spartips, „Billigmenüs“ und die Anregung, Sonderangebote auszunutzen und sich auf Großmutter's Koch- und Nähkünste zu besinnen. Nur – die Mieten müssen nach wie vor bezahlt werden. Wenn sie steigen, helfen keine „Spartips“, sondern nur der gemeinsame Widerstand der betroffenen Mieter. Gegen ständig steigende Lebensmittelpreise hilft kein Kalorienzählen und Rechnen mit Eiweißgehalten – das bringt keine Mark mehr ins Portemonnaie.

Die Frauen, die in Zeiten der Hochkonjunktur von den Unternehmern umworben wurden und heute als „Doppelverdiener“ diffamiert, entlassen und auf die schöne alte Kunst des Brotbackens verwiesen werden, wehren sich. Das beweisen die Zehntausende von Unterschriften für das Preisstopp-Gesetz der DKP, die von Frauen geleistet wurden. Das beweist die Zustimmung vieler Frauen zu den Billigverkäufen, die von der DKP durchgeführt werden. Und das beweisen die vielen Frauen, die bei den kommenden Wahlen für die DKP kandidieren. Sie alle haben erkannt:

Gegen die Doppelbelastung der Frauen helfen keine Sprüche und Krokodilstränen, dagegen hilft nur der gemeinsame Kampf der Frauen und ihrer Männer in den Betrieben, in der Gewerkschaft, in Bürgerinitiativen – und in der DKP.

Sonderangebote

Wo immer wir einkaufen, überall prangen Schilder mit dem Aufdruck „Sonderangebot“. Von Ministern und Wirtschaftsexperten werden diese Sonderangebote als Mittel gepriesen, den inflationären Preisauftrieb zu bremsen, nach dem Motto: Wer Sonderangebote wahrnimmt, ist preisbewußt, wer es nicht tut, ist selber Schuld, wenn er nicht mit dem Geld auskommt. Aber in welchem Ausmaß schonen sie die Haushaltskasse? Zunächst einmal kann es sich wohl noch nicht einmal eine Hausfrau aus Zeitgründen leisten, ihren Einkauf allein nach Sonderangeboten in den Läden ihrer Umgebung auszurichten. Es werden also immer nur Pfennige sein, die sie an einigen Artikeln in ihrem Stammgeschäft einspart. Zum Ausgleich sind andere Waren dann wieder teurer. Vor allem aber: Auch Sonderangebote steigen mit dem allgemeinen Preisauftrieb. Beispiel: Ein Toastbrot, das vor einem Jahr noch die Preisempfehlung 1,15 DM trug und „im Angebot“ 0,98 DM kostete, ist heute mit 1,58 DM ausgezeichnet und kostet als Sonderangebot 1,29 DM, also immer noch zwölf Prozent mehr als der ausgedruckte Preis vor einem Jahr und 25 Prozent mehr als das Sonderangebot 1973. Preisvergleiche und Sonderangebote lösen also nicht das Problem der immer teureren Lebenshaltungskosten, solange die Oetker, Nestle und Unilever im Verein mit den großen Kaufhäusern die Preise diktieren. Nötig ist ein Preisstopp-Gesetz, das es den Konzernen unmöglich macht, mit „Sonderangeboten“ Kunden anzulocken und dann, wenn in den Köpfen verankert ist, „da kaufe ich superbillig“ nach und nach die Preise aufzustocken, bis die Kasse wieder überquillt.

Traurige Bilanzen

Es fehlen Ärzte, moderne medizinische Einrichtungen und Krankenhäuser. Beweis dafür ist u.a. die hohe Säuglings- und Müttersterblichkeit. Neueste statistische Zahlen weisen eine stetige Steigerung von Sterbefällen nach. Kamen z.B. im Jahre 1971 auf 1.000 Geburten 17,9 Todesfälle in den ersten 28 Lebenstagen, so kommen jetzt 23 Sterbefälle auf 1.000 Geburten. Auch bei der Müttersterblichkeit und der Kindersterblichkeit bis zum ersten Lebensjahr ist die Tendenz steigend. Auf die katastrophalen Zustände in der Geburtshilfe wies bereits 1969 der Kongreß für perinatale Medizin hin. Die dort anwesenden Kinder- und Frauenärzte stellten fest, daß von rund 30.000 Säuglingen, die bei der Geburt sterben, 15.000 gerettet werden könnten, wenn eine bessere medizinische Betreuung der Frauen während der Schwangerschaft erfolgen und die Miß-

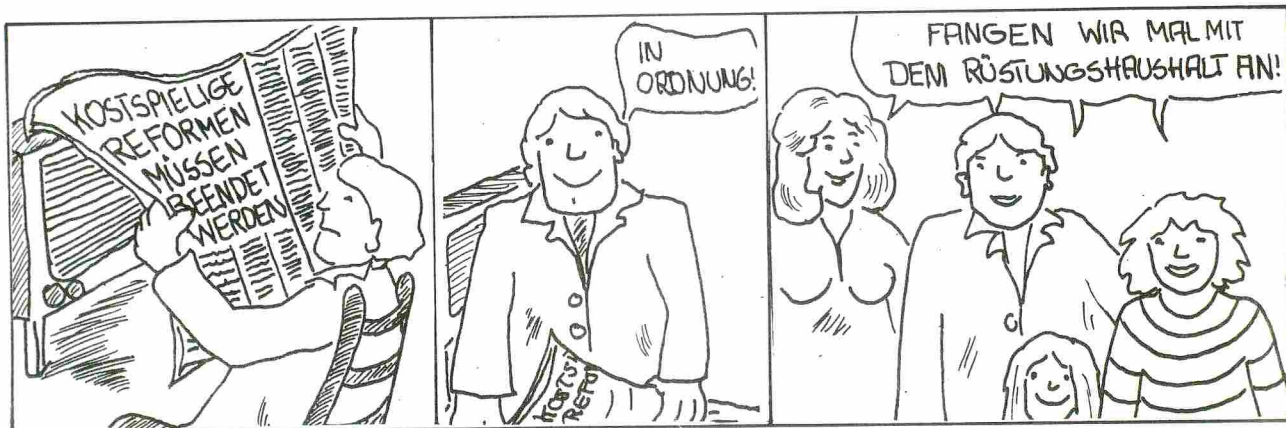
stände in der Geburtshilfe beseitigt würden. Langjährige Vorschläge und Forderungen für einen erweiterten Mutterschutz, zur Verbesserung der Geburtshilfe und einer wirksamen medizinischen und sozialen Vor- und Fürsorge für werdende Mütter im betrieblichen und medizinischen Bereich sind bis heute nicht verwirklicht.

Denn der vom Volk erarbeitete Reichtum kommt nicht den arbeitenden Menschen zugute. Er fließt in die Taschen der Millionäre und Milliardäre und in den Rüstungsetat. Deshalb ist unser Gesundheitswesen krank. Und deshalb fordern die DKP, die Gewerkschaften, immer mehr Menschen in Stadt und Land den Ausbau von medizinischen Einrichtungen, eine gesundheitsfördernde Betreuung der Bevölkerung und die Bereitstellung von Mitteln für diese lebenswichtigen Maßnahmen.

Müssen kommunale Einrichtungen „kostendeckend“ arbeiten?

Mit den Argumenten der „Wirtschaftlichkeit“, des „Kostendeckungsprinzips“ und der hohen Verschuldung der Gemeinden wurden in den letzten Monaten überall in der BRD die kommunalen Preise erhöht. Diese „kostendeckenden“ Preissteigerungen gelten aber nur für den privaten Verbrauch von Energie, Wasser und die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel. Die Großabnehmer der Gemeinden für Wasser und Energie genießen die Vorteile des Preisstopps. Zwei Beispiele stellvertretend für diese Praxis: Die Firma Reynolds hat mit der Stadt Hamburg einen über 20 Jahre laufenden Vertrag, der den Kilowatt-

preis für Strom auf drei Pfennig pro Stunde festlegt. Der normale Hamburger Bürger zahlt 12,5 Pfennig. In Mannheim benutzen die dort ansässigen Konzernbetriebe rund zwei Drittel der städtischen Wasser- und Energie-Kapazitäten. Im ausgewiesenen Gemeindehaushalt zahlen sie aber nur ein Drittel der Kosten für Gas, Wasser und Strom. Mit den „kostendeckenden“ Preiserhöhungen soll also nichts anderes erreicht werden, als Defizite, die durch den Verbrauch der Großbetriebe zu Niedrigpreisen entstehen, aus der Tasche der Arbeiter und Angestellten auszugleichen.





Mörfelder Bauarbeiter wählen neuen ersten Vorsitzenden

Nach 25 Jahren gab Michael Denk den Vorsitz der Ortsstelle Mörfelden der IG Bau-Steine-Erden auf. Der Kollege Hans Ernst wurde neuer Vorsitzender der Ortsstelle.

Michael Denk, er ist Stadtverordneter der DKP, wurde im Jahr 1950 Vorsitzender der Gewerkschaft und erhielt beim großen Bauarbeiterstreik 1950 gleich seine „Feuertaufe“, wie er sich ausdrückte. In den folgenden Jahren wurde er zweimal als Delegierter für den Gewerkschaftstag gewählt. In den vergangenen 25 Jahren war er der Motor der Ortsstelle. Unermüdlich setzte er sich für die Belange der Kollegen ein. Dafür danken ihm die Bevölkerung, vor allem aber die Bauarbeiter, von Mörfelden.

Die Verwaltungsstelle Frankfurt der Bauarbeitergewerkschaft schrieb an Michael Denk: „... die Bauarbeitergeschichte in Mörfelden nach dem zweiten Weltkrieg ist mit dem Namen Michael Denk verbunden,“! Wir wünschen unserem „Michel“ noch viele Jahre Gesundheit und Schaffenskraft; dem neuen Vorsitzenden Erfolg bei seiner verantwortungsvollen Arbeit.

Täglich lesen -



darum abonnieren!

Gefährdet höherer Lohn die Wirtschaft ?

Lohnerhöhungen, Massenkaukraft stärken — das ist das Schlimmste, was uns überhaupt widerfahren könne, denn das läßt die Kosten explodieren. Mit dem Anstrich allergrößter Seriosität, als die allerletzte Erkenntnis volkswirtschaftlicher Wissenschaft wird uns diese „Weisheit“ jeden Tag aufs neue eingehämmert.

Die fünf „Wirtschaftsweisen“ werden angestrengt, „Sachverständige“ treten pausenlos im Fernsehen auf, die Bundesregierung veröffentlicht „Gutachten“ auf „Gutachten“ — nur um zu beweisen, daß die Unternehmer mit ihrem Gejammer vom „wachsenden Kostendruck“ durch ständig steigende Löhne recht haben.

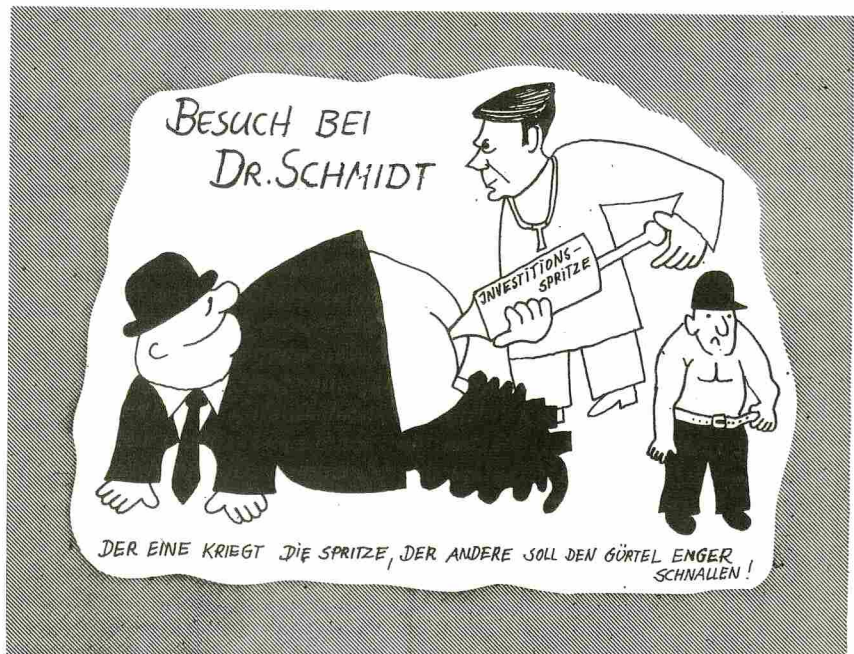
Was sind Lohnerhöhungen wirklich? Kann man Lohnerhöhungen als einen rein volkswirtschaftlichen Begriff, mit dem man nach Gutdünken jonglieren kann, ansehen? Vom Lohn hängt der Lebensstandard von Millionen Arbeiter- und Angestelltenfamilien ab.

Wie die Wohnung beschaffen ist, wie groß der Sonntagsbraten ist, welche Schulbildung die Kinder genießen können, wie der Urlaub gestaltet ist. . . Über 80 Prozent der Bevölkerung un-

seres Landes sind in ihrem gesamten Lebensstandard von der Höhe ihres Lohnes abhängig, denn sie haben nichts anderes als ihre Arbeitskraft, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Lohnerhöhungen sind demnach das wichtigste Mittel, um den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung zu heben. Natürlich sehen die Unternehmer das anders: Je niedriger die Löhne, desto höher ihre Profite. Deswegen wettern sie gegen Lohnerhöhungen. Sie möchten die Arbeitskraft so billig wie möglich einkaufen.

Die Arbeiter und Angestellten aber müssen die Frage so stellen: Wer erarbeitet denn die ganzen Werte, aus denen die Unternehmer ihre Profite schlagen? Etwa die Herren Großaktionäre? Weil es die Arbeiter und Angestellten sind, haben sie auch das Recht, für einen größeren Anteil an diesen Werten, sprich höheren Lohn, zu kämpfen. Und außerdem: Wem wollen denn die Unternehmer den immer größer werdenden Berg von Waren verkaufen, wenn nicht der Masse der arbeitenden Bevölkerung? Das geht aber nur mit steigenden Löhnen.



WAS EIN KOMMUNIST TRINKEN DARF

Aus dem Programm von „Floh de Cologne“

Wenn ein Kommunist Bier trinkt,
ist dies ein gewollter Anbiederungsversuch an den kleinen Mann.
Wenn ein Kommunist Kaffee trinkt,
will er nur einen klaren Kopf behalten, damit er sich nicht verrät.

Wenn ein Kommunist Cola trinkt,
ist dies ein Verrat am Kommunismus.
Wenn ein Kommunist Wodka trinkt,
ist dies ein Beweis dafür, wie weit seine Abhängigkeit von Moskau schon geht.

Wenn ein Kommunist Milch trinkt,
dann hat er's wohl nötig.
Wenn ein Kommunist Krimsekt trinkt,
ist dies typisch für die Funktionäre von drüben.
Wenn ein Kommunist Limonade trinkt,
zeigt dies nur um so deutlicher, wie weit seine Entfremdung von der Masse schon
gediehen ist.

Wenn ein Kommunist Wasser trinkt,
zeigt dies, was uns im Kommunismus blüht.
Wenn ein Kommunist etwas trinkt,
ist das eben typisch für den Kommunismus.

DKPintern



Die Jahreshauptversammlung der DKP-Mörfelden fand im Bürgerhaus statt. Der Jahresbericht des Vorstandes streifte neben den weltpolitischen Themen wie Chile, Nahost, Griechenland und Portugal auch die internationale Krise des Kapitalismus, die verschleiern und ablenkend heute Struktur- oder Energiekrise genannt wird. Auch die Bundesrepublik ist von dieser Krise nicht ausgeschlossen.

Die Tätigkeit der Ortsgruppe war im abgelaufenen Jahr sehr rege. So hat man in der Kommunalpolitik große Anstrengungen unternommen zur Verhinderung des Umlandverbandes und der Fusion mit Walldorf. „Obwohl wir uns in der Fusionsfrage nicht durchsetzen konnten, so sind wir doch in unserer Politik von großen Teilen der Bevölkerung bestätigt worden“, sagte Fraktionsvorsitzender Heinz Hechler in seiner Rückschau. Die Nachteile der Fusion liegen in der geringeren Überschaubarkeit des Kommunalparlaments, der Anonymität der Stadtverordneten, der weiten Wegstrecken zur Behörde und in der Anhebung der Gebühren und Steuern. Unter diesem Aspekt ist auch die Unterschriftenaktion zu sehen, die zur Zeit läuft und recht erfolgreich ist. Über 90 Prozent der angesprochenen Bürger unterzeichnen die Liste, die die Stadtverordnetenversammlung auffordert, auf Gebühren- und Steuererhöhungen zu verzichten. Mit Genugtuung hörte die Versammlung von der Tätigkeit der DKP-Frauengruppe, die neben Schulungsthemen viel Zeit auf die Diskussion von Fragen der Kindergarten-, Schul- und Familiensituation verwandte. Gegen den Paragraphen 218 ist man mit einer Unterschriftensammlung aktiv gewesen.

Neuer erster Vorsitzender ist Ernst Knöb, sein Stellvertreter wurde Rudolf Dötsch. Für das angelaufene Jahr 1975 hat sich die DKP-Ortsgruppe viel vorgenommen. Man diskutierte und verabschiedete einen Arbeitsplan, der neben dem Schwerpunkt Kommunalpolitik und besserer medizinischer Versorgung der Mörfelder Bevölkerung auch eine Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und der marxistischen Bildung vorsieht.

Arbeiter in die Arbeiterpartei DKP Werde Mitglied!

Bitte abtrennen und einsenden an:

R. Dötsch, 6082 Mörfelden, Schumannstraße 3

Der „blickpunkt“, die Stadtzeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Mörfelden, erscheint jeden Monat. Die Schutz- und Zustellungsgebühr für eine Ausgabe beträgt DM 0,50. Wenn Sie an regelmäßiger Zustellung interessiert sind, kreuzen Sie bitte ein Feld an.

Die Gebühr können Sie durch Bankeinzahlung oder Banküberweisung auf das Konto 90003419 Kreissparkasse Groß-Gerau, bei R. Dötsch, Schumannstraße 3, oder bei jedem Mitglied der DKP Mörfelden entrichten.

Ich bitte um regelmäßige Zustellung

für ein Jahr

für ein halbes Jahr

Name:

Anschrift:

Probe-
exemplare
bestellen





Der 50. blickpunkt ist da!

**Zur Jubiläumsfeier sind alle Leser
herzlich eingeladen.**

Auf zum blickpunkt-Fest

**Samstag, 22. Februar 1975, 20 Uhr,
Bürgerhaus Mörfelden**

Es wirken mit:

Songgruppe Rüsselsheim

Skifflegroup Mörfelden

Erich Schaffner

Eintritt: 1,- DM.

**Karten an der Abendkasse und bei allen
Mitgliedern der DKP.**